

AKTUELL



FOTO: CC BY GILLES FRANCOIS

Wenn es nach der EDF geht, soll das AKW Cattenom bis 2051 in Betrieb bleiben.

ATOMENERGIE

Die strahlende Zukunft Europas

Joël Adami

Zwei Politiker der Grünen fordern eine grundlegende Reform des Euratom-Vertrages.

Die Bedeutung der Kernenergie ist in den letzten Jahren gesunken, nicht zuletzt, weil erneuerbare Formen der Energieerzeugung profitabler geworden und die Techniken der Energiespeicherung, z. B. Batterien, technisch gereift sind. Lediglich zehn Prozent der weltweiten Stromerzeugung werden von Atomreaktoren erbracht, während der Anteil der Erneuerbaren bereits bei beinahe 23 Prozent liegt. Somit könnte man eigentlich davon ausgehen, dass das Problem „Atomkraft“ sich bald von selbst lösen wird - der Markt müsste es regeln.

„Allein durch massive politische und finanzielle Unterstützung durch die Regierungen einiger Atomstaaten“ werde die Atomindustrie noch am Leben erhalten, schreiben der EU-Abgeordnete Claude Turmes und der Parlamentarier Henri Kox von Déi Gréng in einem Pressedossier. 32 Jahre nach der Reaktorhavarie in Tschernobyl sei es an der Zeit, den Euroatom-Vertrag gründlich zu überdenken. So fordern die beiden Grünen eine Kontrolle durch das Europäische Parlament, ein Verbot von Subventionen für Atomreaktoren, Haftungsregeln für die Betreiber, verbindliche Stresstests und Forschung für den Atomausstieg. Weitere Gelder für den Fusionsreaktor ITER soll es nach den Vorstellungen von Turmes und Kox nicht geben: Der Forschungsreaktor, der eigentlich die Möglichkeit einer ungefährlicheren Art der Energieerzeugung demonstrieren soll, sei bloß ein „Geldschlucker“.

Längere Laufzeit für Cattenom?

Außerdem warnen die Politiker vor einem „Tsunami an Atomkraft-Exporten“, den der französische Elektrizitätskonzern EDF mit seiner Geschäftspolitik verursachen wird. Neben dem Bau neuer Reaktoren

habe EDF zudem den Weiterbetrieb alter Reaktoren beschlossen - so sollen Kraftwerke wie jenes in Cattenom insgesamt 60 Jahre lang betrieben werden. Für den jüngsten Block in Cattenom, der 1991 in Betrieb ging, würde das eine Laufzeit bis 2051 bedeuten.

114 Atomreaktoren sind derzeit in Europa in Betrieb, zusätzlich stehen einige russische Atomkraftwerke an der Außengrenze der EU. Über alle Kernkraftwerke des Kontinents bestimmen könnte die EU in keinem Fall, denn auch die Schweiz deckt einen Teil ihres Energiebedarfes mit dieser Form der Stromerzeugung. Allerdings plant die Eidgenossenschaft den Ausstieg, der 2029 beginnen soll. Wie die Situation im Vereinigten Königreich nach dem Brexit aussieht, ist schwer einzuschätzen - bisher scheint es, als halte die Regierung am Bau des umstrittenen Kraftwerks Hinkley Point C fest. Bisher ist nicht klar, wie der Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag die Versorgungslage mit Uran beeinflussen wird - manche Forscher*innen befürchten einen Engpass.

Eigentlich war die gegenwärtige rot-grün-blaue Regierung auch mit dem Ziel angetreten, die Nachbarländer dazu zu bewegen, die Atomkraftwerke im Umland Luxemburgs abzuschalten. Die Verhandlungen sind in diesem Punkt bisher jedoch keinesfalls von Erfolg gekrönt. Der Höhepunkt der Anti-Atompolitik der letzten Jahre ist sicherlich das Haftungsrecht, mit dem es im Falle eines Atomunfalls möglich sein wird, den Betreiber vor ein luxemburgisches Gericht zu ziehen - falls es dann ein solches überhaupt noch gibt. Vielleicht wird aber auf dem EU-Weg noch ein europäischer Atomausstieg zu erreichen sein. Die Grüne Fraktion im Parlament hat auf jeden Fall für die nächste Sitzungswoche (Mitte Mai) eine Aktuelle Stunde zum Euroatom-Vertrag beantragt.

SHORT NEWS

Solidaritätsaktion der ALJP zum 3. Mai 2018

(rg) - Am internationalen Tag der Pressefreiheit, dem 3. Mai, hielt die kürzlich gegründete Journalistenvereinigung ALJP (Association Luxembourgeoise des Journalistes Professionnels) auf der hauptstädtischen Place d'Armes eine Solidaritätsaktion ab. Dabei ging es einerseits darum, Unterstützung für die ausländischen Kolleg*innen zum Ausdruck zu bringen - nach zwei Journalistenmorden in der EU und den Angriffen auf die Pressefreiheit vor allem in Osteuropa eine Selbstverständlichkeit. Andererseits sollten die drei Hauptforderungen der ALJP - Informationszugangsgesetz, Abschaffung der „Circulaire Bettel“ und Whistleblower-Schutz - an die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Schülerinnen des Fieldgen, die von der Oktavmesse zurück in die Klassensäle mussten, hat es sichtlich interessiert zu erfahren, was die hiesigen Presseleute bewegt. Auch gab es von Passant*innen einiges Lob für die Arbeit der Medien. Nur Simone Beissel, DP-Abgeordnete und Präsidentin der parlamentarischen Medienkommission, konnten die ALJPler nicht überzeugen, ergriff sie doch die Flucht, als man ihr ein Communiqué hinhielt ...

EVP und Orbán: Schnauze halb voll?

(tf) - Ob sich tatsächlich viele Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) eine Standpauke für Viktor Orbán erhofft haben, ist fraglich. Der ungarische Premierminister war am vergangenen Mittwochnachmittag zu einem Treffen mit der EVP-Spitze nach Brüssel geladen. Auch für Viktor Orbán gebe es „rote Linien“, wurde Manfred Weber, Chef der mitgliederstärksten Fraktion im Europaparlament, der auch Orbáns Partei Fidesz angehört, vor dem Treffen zitiert. Über die Tagesordnung und Resultate schweigt man sich allerdings lieber aus. Eine Wende zum Besseren brachte es laut dem Luxemburger Abgeordneten Frank Engel (CSV/EVP) indes nicht: „Mir wurde berichtet, dass alles schwierig gewesen sei, weil von Orbáns Seite keinerlei Bewegung stattfindet“, so Engel tags darauf gegenüber der woxx: „Er ist der Meinung, er würde uns [der EVP-Fraktion; Anm. d. Red.] ja sehr viel bringen, und es gäbe auch ausreichend Leute, die seine Haltung gut und richtig finden und deswegen sei er eigentlich ein wichtiger Flügel der EVP. Und so wird er sich dann auch weiterhin benehmen.“ Offenkundig sieht sich Orbán seit seinem Wahlerfolg im April mehr denn je bestärkt in seinem Weg hin zu einer „illiberalen Demokratie“. Frank Engels Haltung, wonach die Fidesz „in der EVP nichts verloren hat“, wird indes weiterhin längst nicht von all seinen Fraktionskollegen geteilt. Allerdings, so Engel: „Ich weiß, dass der Anteil derjenigen, die inzwischen die Schnauze voll haben, wächst.“ Beziffern könne er das entsprechende Kräfteverhältnis in der EVP allerdings nicht.

Climat : ambitions à revoir... lentement

(lm) - Les bonnes nouvelles en matière de climat se font rares, et certaines se révèlent moins enthousiasmantes qu'elles n'en ont l'air. Ainsi, la plateforme d'ONG luxembourgeoises « Votum Klima » vient de saluer « les nouveaux 'premiers de cordée' de la politique climatique européenne ». Les félicitations s'adressent aux sept pays qui, réunis à Paris le 25 avril, ont appelé la Commission européenne à proposer une stratégie à long terme qui permette d'atteindre la neutralité carbone. Les représentant-e-s de ces pays, alarmé-e-s par le risque de ne pas limiter le réchauffement de la planète à 1,5 degré, souhaitent « agir afin de respecter l'accord de Paris auquel tous les États se sont engagés ». Votum Klima espère que l'Union européenne augmente ses objectifs de réduction de CO₂ pour 2030 et adopte dès avant la COP24 en décembre une position commune en ce sens. Hélas, en se référant au communiqué officiel de la réunion parisienne, on constate que seul le représentant des Pays-Bas évoque une révision des objectifs pour 2030. Quant à la stratégie à long terme, la Commission ne doit la proposer qu'au printemps 2019, et elle sera donc au mieux adoptée avant la COP25. L'urgence d'agir, évoquée souvent par les experts et les ONG, n'a pas le même sens du côté des institutions politiques.